

Zu TOP 14: Stellungnahme des Kreises Ostholstein im Rahmen des Raumordnungsverfahrens Schienenhinterlandanbindung

Landrat Sager führt unter Verweis auf die Vorlage und die entsprechenden Ausschussberatungen in das Thema ein. Die vorliegende Stellungnahme sei in Anlehnung an die Arbeitsergebnisse mit den Gemeinden und Städten erarbeitet worden und werde grundsätzlich von diesen begrüßt. Eine Trasse für die Schienenhinterlandanbindung ohne Beeinträchtigungen für den Kreis Ostholstein könne es nicht geben. Zentrales Ziel des Kreises müsse es daher sein, die raumverträglichste Lösung für den Kreis Ostholstein zu finden und umzusetzen. So zeige die Stellungnahme des Kreises eine Vielzahl berechtigter Kritikpunkte an den Planungen auf, die bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden müssten. Er bittet daher um Zustimmung.

Herr Löschky (FDP) stellt fest, dass es keine Zweifel mehr an der Realisierung der Festen Fehmarnbelt-Querung und damit auch der erforderlichen Hinterlandanbindung gäbe. Er beschreibt im Folgenden ausführlich die bisherigen Entwicklungen im Zuge der Schienenhinterlandanbindung. Anschließend geht er auf einzelne Punkte der vorliegenden Stellungnahme ein. Diese sei nach intensiver Beratung im zuständigen Fachausschuss ein gutes Ergebnis. Seine Fraktion werde der Stellungnahme daher zustimmen.

Herr Steigert (SPD) erklärt ebenfalls, dass es unabhängig von den verschiedenen Möglichkeiten der Umsetzung zu Betroffenheiten im Kreis Ostholstein kommen werde. Auch wenn seine Fraktion grundsätzlich gegen die feste Fehmarnbelt-Querung sei, gelte es jedoch nunmehr, die Betroffenheiten möglichst gering zu halten. Auch er befürworte die Stellungnahme der Verwaltung in vollem Umfang und kündigt für seine Fraktion an, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Frau Obieray (GRÜNE) erklärt für ihre Fraktion, dass sie die Stellungnahme der Verwaltung ablehne. Zwar sei es gut, wenn die Verwaltung die Fehler in den Planungen der Bahn aufzeige, jedoch könnten auch damit die befürchteten Beeinträchtigungen nicht abgewendet werden. Sie begründet, warum das Projekt insgesamt nicht gut für die Menschen im Kreis Ostholstein sei. Ihre Fraktion unterstütze daher Initiativen gegen eine feste Fehmarnbelt-Querung und werde deshalb der Stellungnahme nicht zustimmen.

Herr Rüder (CDU) sieht in der Vorlage der Verwaltung eine gute und fundierte Entscheidungsgrundlage. Zweifel, dass die Feste Fehmarnbelt-Querung komme, seien beim derzeitigen Investitionsstand allein auf dänischer Seite absurd. Er geht anschließend auf einzelne Punkte der Stellungnahme ein und wirbt für ein einheitliches Votum des Kreistages. Seine Fraktion werde der Stellungnahme jedenfalls zustimmen.

Herr Lange (FWG) erklärt, dass eine intensive Abwägung zwischen verschiedenen Trassenvarianten nur aufgrund des angestrebten Raumordnungsverfahrens erfolge. Er könne sich daher nur den Ausführungen des Landrats und von Herrn Rüder anschließen. Darüber hinaus müsse zusätzlich verhindert werden, dass die Gemeinden des Kreises durch anteilige Projektkosten belastet würden. Die Stellungnahme decke die Schwachstellen der Planung auf, sodass seine Fraktion der Stellungnahme zustimmen werde.

Herr Tech (FWG) führt ergänzend aus, da die Querung nunmehr zweifellos komme, gehe es nun nur noch um Schadensbegrenzung. Die Umsetzung bestimmter Kritikpunkte der Stellungnahme (Höhengleichen und Lärmschutz) sollte im besonderen Augenmerk der Verwaltung und Selbstverwaltung bleiben.

Herr Specht (FWG) lobt des Weiteren die Arbeit in den Dialogforen. Er weist auf einen Passus in der Stellungnahme hin, in dem eine Aussage zur Belastbarkeit der Fehmarnsund-Brücke getroffen werde, die inzwischen nicht mehr korrekt sei. Er spricht sich dafür aus, dass der Bund die gesamten Kosten für die Hinterlandanbindung zu tragen habe.

Herr Samunski (LINKE) erklärt, dass auch seine Fraktion die Stellungnahme der Verwaltung unterstützen werde, um mögliche Betroffenheiten möglichst gering zu halten. Grundsätzlich sei

auch seine Fraktion jedoch nach wie vor gegen eine feste Fehmarnbeltquerung. Insbesondere sehe er die Finanzierung dieses Projektes sehr kritisch.

Anschließend wird u.a. über das Abstimmungsverhalten einzelner Fraktionen weiter diskutiert.

**Der Kreistag beschließt mit 52 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen die als Anlage beigefügte
Stellungnahme des Kreises Ostholstein.**